

Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

**Erhalten und gestalten**

Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten  
der Landeskultur



220

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Wolfgang Heyl

**Erhalten und gestalten**

Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten  
der Landeskultur

1983

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Tonnen. 200 Gramm Metalle pro Jahr und Person wurden vor 200 Jahren in der Produktion verbraucht. Tausendmal soviel sind es heute. 30 Tonnen betrug der Weltverbrauch an Kautschuk 1839, um 1900 waren es 52 000 Tonnen, und heute produzieren allein die kapitalistischen Länder fast vier Millionen Tonnen Naturkautschuk pro Jahr. Besonders offensichtlich ist die Progression beim Erdöl. Ganze 5000 Tonnen wurden um 1850 jährlich gefördert. Jetzt sind es zwischen zwei und drei Milliarden.

Fast die gesamte Erdoberfläche ist in den Wirkungsbereich des Menschen einbezogen. Vor nicht allzulanger Zeit noch unberührte Gebiete wie die sibirische Taiga, der Norden Kanadas, die Antarktis, werden Schritt für Schritt erschlossen. Rasch geht es mit der Nutzung unterseeischer Lagerstätten von Rohstoffen voran. Die Grenzen des Planeten sind überschritten. Schon ist des Menschen Werkstatt auch der Welt-raum.

Wissenschaft und Technik ermöglichen in vielen Bereichen das, was bisher nur Naturprozesse vermochten, und sie über-treffen solche Prozesse oft schon. Im wahrsten Wortsinn versetzen sie Berge. Sie können den Lauf von Flüssen ändern, können ungeheure Energiemengen freisetzen, vermögen heute, was vor kurzem noch Utopie war. Mit dem Karakum-Kanal hat die Sowjetunion das bisher größte Wüsten-Bewässerungsprojekt der Welt begonnen.

Neue Dimensionen hat jedoch auch die Kehrseite der Medaille. Menge und Schädlichkeit der Abprodukte wachsen. Bevor Leo Hendrik Baekeland 1907 den ersten voll-synthetischen Plaststoff, eben das Bakelit, herstellte, gab es kaum Haushaltabfälle, die sich nicht organisch zersetzten. Heute gehen die Plastabfälle in der Welt in die Milliarden Tonnen. Bereits in den ersten 50 Jahren dieses Jahrhunderts gelangten bei der Verbrennung von Kohle, Erdöl, Gas und Torf mindestens drei Milliarden Tonnen Asche und mit ihr 1,5 Millionen Tonnen Arsen in die Luft und danach mit dem Regen in den Boden. Mehr als eine Million Tonnen Schädlingsbekämpfungsmittel werden jährlich in der Landwirtschaft verbraucht und gelangen zu einem Drittel in die Gewässer. Allein in den letzten zehn Jahren sind mindestens 500 Millionen Tonnen Abprodukte aus Industrie, Landwirtschaft und Haushalten jährlich in die Luft, das Erdreich und die Gewässer gelangt. 220 Millionen Tonnen Schadstoffe verschiedenster Art hatte die Atmosphäre aufzunehmen. Tanker kippen bei Reinigungsarbeiten immer noch schätzungsweise 12 bis 13 Millionen Tonnen Öl pro Jahr ins Meer, nicht gerechnet die Tankerkatastrophen.

Wo die Natur gefährdet ist, sind es die Menschen nicht selten auch. Wissenschaftler weisen auf akute und schleichende Gesundheitsgefährdung durch Umweltbelastungen hin. Umweltschäden werden immer fühlbarer, auch für den einzelnen. Mitunter bedarf es keiner Meßinstrumente mehr, um sie wahrzunehmen. Die fünf Sinne genügen schon. Was soll werden, wie soll es enden? Das sind die Fragen vieler, und sie sind berechtigt.

Vielschichtig und oft gegenläufig sind die Antworten.

Am Beginn des dritten Jahrtausends seit Christi Geburt habe die Welt keinen Raum mehr für Leben, das noch das Prädikat „menschlich“ verdiene, behauptet eine Studie aus den USA. Die „Grenzen des Wachstums“ auf der Erde seien erreicht, erklärte der „Club of Rome“ in seiner gleichnamigen Darlegung. Die Herrschaft über die Natur sei den Menschen aus den Händen geglitten, sagen sie. Dem Zaubrerlehrling gleich könne er sich der Geister nicht mehr erwehren, die er selber rief.

Wir hingegen sind der Auffassung, daß es noch nicht zu spät ist. Das offensichtlich gestörte Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur kann wieder in die Balance gebracht werden. Die Erde ist dem göttlichen Schöpfungsplan gemäß durch-aus noch zu erhalten und zu gestalten, wie es jahrtausende-lang möglich war. Allerdings ist es nötig, das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur *bewußt* als ein kulturelles, das heißt pfegliches, als ein haushälterisches, das heißt rationelles, zu gestalten. Das war in der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte nie so dringend wie jetzt. Es erfordert Umdenken, Neu-Bedenken, den Abbau von Gedankenlosigkeit. Notwendig ist ein gewaltiger sozialer Erkenntnisprozeß. Den Sozialismus haben wir als diejenige Kraft erfahren, die einen solchen umfassenden Prozeß ermöglicht und bewirkt.

Wer hat recht?

Um dieser Frage nachzugehen, ist es gut, die Umwelt-Problematik zunächst in ihrer gesellschaftlichen Bezogenheit zu betrachten und ihr den Stellenwert zuzuweisen, den sie besitzt. Oftmals wird darauf hingewiesen, daß diese Probleme globalen Charakter haben. Das ist richtig und unrichtig zugleich. Gewiß, Wasser und Luft kennen keine Landesgrenzen, Rohstoffe und Energie werden überall benötigt, wenn auch keineswegs gleichmäßig. Ob und wie weit die Reichtümer der Meere nutzbar sind, ist mehr oder weniger für alle Menschen von Bedeutung.

Zwar mag es zunächst und bei flüchtiger Betrachtung für manchen so aussehen, als besäßen Kapitalismus und Sozialismus die gleiche Konzeption zur Nutzung der ungeheuren neuen Möglichkeiten, die die wissenschaftlich-technische Revolution bietet, als gingen sie auch die gleichen Wege, was die Umweltbelastungen angeht. Doch bei näherem Hinsehen zeigen sich beträchtliche Unterschiede, ja tiefe, prinzipielle Gegensätze. Keineswegs global im Sinne von einheitlich ist die Stellung zur Umwelt, sind die Wege zur Lösung ihrer Probleme.

Hier sei nun als allererstes auf das gegensätzliche Verhältnis der herrschenden Kreise in den verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen zur Frage des Friedens hingewiesen, auf ihren engen Zusammenhang mit dem Schutz unserer Umwelt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man erklärt, daß der Friede schlechthin die erste Bedingung des Umweltschutzes überhaupt ist. Das ist deshalb so,

– weil erstens die Verwendung, man könnte auch Vergeudung sagen, unverantwortlich großer natürlicher materieller Ressourcen, aber auch geistiger Potenzen (immerhin arbeiten über 40 Prozent aller Wissenschaftler auf der Welt im militärischen Bereich) eine Umweltbelastung ersten Ranges darstellt;

– weil zweitens schon konventionelle Kriege und ihre Folgen auch der natürlichen Umwelt Schaden in kaum vergleichbarem Umfang zufügen, von einem Nuklearkrieg, der gewiß das Ende der menschlichen Zivilisation und möglicherweise des Lebens auf unserem Planeten generell bedeuten würde, ganz zu schweigen;

– und weil folglich drittens nur im Frieden und im Geiste friedlicher Koexistenz die Lösung großer ökologischer Aufgaben und die internationale Zusammenarbeit dabei möglich sind, was angesichts des grenzüberschreitenden Charakters dieser Probleme heute dringlicher denn je ist.

Wie unterschiedlich, ja gegensätzlich Imperialismus und Sozialismus mit den Ergebnissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts umgehen, zeigen viele Beispiele: Kaum war die Kernspaltung entdeckt, da nutzten die USA diese Entdeckung zur Produktion der fürchterlichsten Waffe, von der die Menschheit je bedroht wurde, und begannen den Einzug einer neuen Energiequelle in die Geschichte der Technik mit der Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki. Die Sowjetunion begegnete einerseits der Drohung, der sie sich von Washington ausgesetzt sah, und brach dessen Kernwaffenmonopol. Andererseits errichtete sie 1954 das erste Kernkraftwerk der Welt. Die Sowjetunion war als erste im Welt-

raum und erforscht ihn seither zu friedlichen Zwecken, die USA wollen ihn zum künftigen Kriegsschauplatz machen. Sowjetische Wissenschaftler entwickelten das Laser-Prinzip, aber die USA stellten die ersten Laserwaffen her. Als am 28. Oktober 1982 in der UNO eine „Umwelt-Charta für die Natur“ mit den Stimmen von 111 Staaten, darunter UdSSR und DDR, verabschiedet wurde, kam die einzige Gegenstimme von den USA.

Das von den aggressivsten Kreisen des Imperialismus immer mehr forcierte Wettrüsten hat es mit sich gebracht, daß technische Neuerungen oft zuallererst auf ihren militärischen Wert hin untersucht und dafür genutzt werden und daß viele technische Errungenschaften der ausschließlich friedlichen Nutzung nicht oder erst in zweiter Linie zur Verfügung stehen. Schon die ständige Ausweitung der Rüstungspolitik ist in höchstem Maße umweltbelastend. Die Verwirklichung der aggressiven Absichten des Imperialismus aber wäre der schlimmste Umweltschaden, der überhaupt denkbar ist.

Am Umgang mit den Ergebnissen der modernen Wissenschaft und Technik scheiden sich die Geister. Da tritt der gesellschaftliche Kern naturwissenschaftlich-technischer Fragen, die gesellschaftliche Bedingtheit ihrer Anwendung zutage. Der Kapitalismus löst die Probleme auf seine Weise, unter den ihm eigenen Bedingungen des Profitstrebens. Aus Profitgründen werden Naturschätze einerseits regelrecht geplündert, andererseits nur insoweit genutzt, wie es Gewinn verspricht. Ungeheure Reichtümer der Natur werden verschleudert, gehen unwiederbringlich verloren.

Viele der weltweiten Probleme von heute sind im Grunde dem profitorientierten Raubbau am Boden und seinen Schätzen zuzuschreiben, der Verunreinigung von Luft und Wasser, dem wesentlich gesteigerten Zugriff auf Naturkräfte und -ressourcen, der Zunahme der Abfälle, die von der Selbstreinigungskraft der Natur allein nicht mehr zu bewältigen ist. So wurde zwischen 1930 und 1970 ein Viertel bis ein Drittel der ursprünglichen Regenwaldfläche Afrikas vernichtet. Die Landwirtschaft dort wurde nicht nach den von der Natur verlangten Bedürfnissen und Bedingungen betrieben, sondern gemäß den Profitinteressen der Kolonialherren oder ihrer neokolonialistischen Nachfolger. Das Ergebnis sind Monokulturen und Bodenerosionen. 21 Millionen Tonnen fruchtbaren Bodens werden jährlich abgetragen. Die Wüstenregionen der Erde wuchsen zwischen 1852 und 1952 von 12 auf 26 Millionen Quadratkilometer, also auf mehr als das Doppelte. Man kann sich vorstellen, welch enorme Störungen das im Haushalt der Natur hervorrief.

Um die Preise hochzuhalten, werden im kapitalistischen Teil der Welt Millionen Tonnen Nahrungsgüter verbrannt, ins Meer geworfen oder anderweit ungenießbar gemacht, während Millionen Menschen Hungers sterben müssen. Eine Wegwerfgesellschaft ist der Kapitalismus, in der menschliche Arbeit und ihre Ergebnisse mißachtet werden, in der alles zur Disposition steht, was keinen Profit verspricht. Aus Profitgründen wird dort auch dafür gesorgt, daß Erzeugnisse künstlich veralten, wird das forciert, was Ökonomen „moralischen Verschleiß“ nennen, wird der Besitz des jeweils neuesten Typs von Autos, Fernsehgeräten und anderen Artikeln zur Prestigefrage erhoben und dadurch Material und Energie in ungeheuren Mengen verschwendet, das Abfallaufkommen gewaltig erhöht und die Umwelt ohne Notwendigkeit zusätzlich belastet. Mehr als 7 Millionen Autos werden in den USA jährlich verschrottet, 15 Millionen Tonnen Plaste weggeworfen.

Der Sozialismus geht prinzipiell anders vor.

Die sozialistische Gesellschaft ist nicht auf Verschleudern, sondern auf den vernünftigen Gebrauch materieller Güter orientiert. Sozialistische Lebensweise schließt die Sorge für hohe Qualität der Produkte, für Sparsamkeit im Umgang mit natürlichen Ressourcen, für pflegliche Behandlung des Geschaffenen ein. Darin erweist sich sowohl die Achtung vor menschlicher Arbeit und vor der Natur als auch die Bedachtsamkeit auf menschliches Wohl.

Mehr und mehr zeigt sich allerdings, daß auch die krisenhafte Zuspitzung der Umweltprobleme zu den Merkmalen der allgemeinen Krise des Kapitalismus gehört. Bei Strafe des Profitrückgangs ist er teilweise gezwungen, sich auch diesen Problemen zu stellen.

Denn erstens beginnen die Umwelt-Belastungen die Reproduktions- und Verwertungsbedingungen des Kapitals zu gefährden. Einerseits nämlich fordern diese Bedingungen die Verfügbarkeit immer größerer Mengen qualitätsgerechter Rohstoffe und Energieträger, andererseits schränkt die kapitalistische Produktion durch ihren Raubbau diese Verfügbarkeit immer mehr ein.

Zweitens wirkt sich die Gefährdung der Umwelt als zusätzliche Belastung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit aus. Immer weniger sind die Werk tätigen bereit, die fortschreitende Verschlechterung ihrer Lebensumstände hinzunehmen. Die „Grünen“ haben hierin die Basis ihrer Erfolge. Da und dort sehen sich Regierungen bereits zu Auflagen an Monopole gezwungen. Typisch ist der Ausweg, den viele Betriebe suchen: Sie verlagern die Produktion in Län-

der der sogenannten dritten Welt, in denen Umweltschutzaufwendungen im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen oft nur ein Zehntel der Beträge ausmachen, die in den Stammländern der Betriebe dafür aufgewendet werden müßten.

Drittens wird Umweltfreundlichkeit der Produkte mehr und mehr zu einer wichtigen Bedingung ihrer Marktfähigkeit. Wer das ignoriert, riskiert es, konkurrenzunfähig zu werden.

Viertens ist auch die Produktion von Umweltschutztechnik ein Geschäft, und kein schlechtes. Zudem hat es den Anspruch der Menschenfreundlichkeit für sich. „Im Dreck sitzt Speck“, schreibt die USA-Zeitschrift „Forbes“ und verweist auf die enormen Kursgewinne von Aktien der Umweltschutz-Industrie. Die Münchener „Süddeutsche Zeitung“ schreibt zu einem ähnlichen Thema: „In der Marktnische tummeln sich mit sattem Gewinn auch die Geschäftemacher, deren Interessen nicht auf die Verbesserung der Umwelt, sondern ihrer Absatzchancen gerichtet sind. Sie werden demnächst wohl auch noch das Bio-Auto und die Bio-Zigarette erfinden und an den Mann bringen.“

Fünftens schließlich gibt es eine Reihe internationaler Programme, Vereinbarungen und ähnlicher Dokumente auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Es wird immer komplizierter, sie zu umgehen.

Aus allen diesen Gründen ist und bleibt Umweltschutz im Kapitalismus eine Sache, die – wie die Lösung so vieler anderer Aufgaben – dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Produkts unterliegt. Bei allem, was bisher – aus welchen Gründen immer – staatlicherseits und von Teilen der Industrie in imperialistischen Ländern für die Umwelt getan wurde, geht es nicht um prinzipielle und tiefgreifende Reaktionen im Sinne der Menschen und ihrer Lebensweise, sondern um zwangsweise Detailmaßnahmen zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit.

Das ergibt sich schon daraus, daß die Hauptgefahr nicht nur geblieben, sondern noch gewachsen ist, die Schäden nämlich, die der Umwelt aus der imperialistischen Schürung entstehen, also die Verschwendung von Rohstoffen, Energie, Arbeitskraft und Geld in erschreckendem Ausmaß zur Vorbereitung einer Umweltkrise von unvorstellbarer Größe, zur systematischen Zerstörung der Natur und der Existenzgrundlage ganzer Völker, wie sie fester Bestandteil der Strategie des Pentagon ist. Erschreckende Warnsignale sind der schon erwähnte Atombombenabwurf auf japanische Städte mit seinen bis in die Gegenwart dauernden Spätfolgen, sind die

45 360 Tonnen Herbizide, die die gleiche USA-Armee zwischen 1961 und 1971 einsetzte, um große Landstriche in Vietnam unfruchtbar zu machen. Seither sind Waldsterben, Vergiftung von Luft, Wasser und Boden, radioaktive Verseuchung und schließlich Atomtod in die Militärstrategie der USA einkalkuliert. Engagement für Natur und Umwelt ohne antiimperialistische Engagiertheit, vor allem ohne Stellungnahme gegen jene, die das Wettrüsten immer erneut anheizen, bliebe also eine halbe Sache.

Die Lösung der Umweltprobleme duldet keinen Aufschub und fordert Zusammenarbeit im Weltmaßstab und zwischen den einzelnen Ländern, um diesen Problemen durch gemeinsame Anstrengungen in höchstmöglichem Maße zu begegnen. Das geht am besten in einer internationalen Atmosphäre der friedlichen Koexistenz. Vier wichtige Gebiete des Umweltschutzes (Luft, Wasser, Abfälle, Naturschutz) nennt allein das Abschließende Dokument des Madrider KSZE-Folgetreffens vom 9. September 1983. Umweltschutzbestrebungen sollten daher stets mit dem Engagement dafür verbunden sein, daß der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung keine Steine in den Weg gelegt werden.

Umweltfragen sind also keineswegs ausschließlich Fragen der Technik, der Wissenschaft, der Organisation. Sie haben vielmehr einen tiefen politischen Inhalt. Aufs engste sind sie mit den realen Widersprüchen im internationalen Raum verknüpft. Damit sind sie eines der Felder des Klassenkampfes, und zwar wahrlich kein peripheres. Was hier entschieden wird, stellt Weichen in die Zukunft, gilt künftigen Generationen – so oder so.

Daran ändern auch die zahlreichen Versuche bürgerlicher Wissenschaftler nichts, in Umweltfragen zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein Gleichheitszeichen zu setzen, wobei sie unbestreitbare Tatsachen und vage Spekulationen miteinander mischen. Natürlich stimmt es beispielsweise, daß die entwickelten Industriestaaten sich vornehmlich auf der Nordhalbkugel der Erde befinden und daß von ihnen die stärkere Umweltbelastung ausgeht. Daraus aber die Theorie zu verfertigen, die eigentlichen Gegensätze in der Welt auch in Fragen der Ökologie bestünden nicht zwischen „Ost“ und „West“, also zwischen Sozialismus und Kapitalismus, sondern zwischen „Nord“ und „Süd“, zwischen „reichen“ und „armen“ Ländern, ist verfehlt. Vielmehr ist es doch so, daß die sozialistischen Länder Umweltprobleme und Umweltbelastungen auch vom Standpunkt internationaler sozialer Gerechtigkeit betrachten. Ihr Streben nach Vernunft in der

Nutzung von Ressourcen, in der Inanspruchnahme von Naturschätzen trifft sich mit dem Streben der jungen Nationalstaaten nach Überwindung von Hunger und Seuchen, nach Sicherung normaler Lebensbedingungen. Sozialistische Landeskultur und antiimperialistische Solidarität sind eng miteinander verbunden.

Wenn in unseren Kirchgemeinden, auf kirchlichen Tagungen oder, wie anlässlich der Luther-Ehrung 1983, auf Kirchentagen über das Verhältnis des Menschen zur natürlichen Umwelt im Lichte des Glaubens und der Herausforderungen unserer Zeit nachgedacht wird, erleben wir ebenfalls fast immer, daß ökologische Fragen direkt mit weltweiter sozialer Gerechtigkeit, mit der Überwindung von Hunger, Krankheit und Armut, mit der Sicherung der elementarsten Lebensansprüche der Menschen in jenen Ländern gestellt werden, die man allgemein „Dritte Welt“ nennt. Das war nicht von jeher selbstverständlich, aber das ist richtig und wichtig. Sorge um die Umwelt verträgt heute keinen Provinzialismus mehr unter dem Motto „Wir und unsere Natur“, und Nächstenliebe schließt unbedingt den „fernen Nächsten“ ein.

Es wäre grundfalsch, den Kampf um eine gesunde Umwelt und den Kampf um eine gerechte Welt als etwas völlig Zusammenhangsloses zu betrachten. Im Gegenteil, schon die Ursachen hängen zusammen und haben die gleiche Quelle. Was wir im Friedenskampf gelernt haben, daß nämlich die Bedrohung des Weltfriedens durch Hochrüstung und die Armut und Unterentwicklung in vielen Ländern ein und dieselbe Ursache haben – die Ausbeutung und den Vormachtanspruch des Imperialismus – und daß deshalb Frieden und Gerechtigkeit zusammengehören, das gilt ebenfalls für die Umwelt. Ihre rücksichtslose Ausbeutung und Schädigung und die Ausbeutung der armen Länder zum Schaden ihrer Völker haben gleichfalls ein und dieselbe Ursache, und zwar eben jene. Aus gutem Grund kamen deshalb ökumenische Gäste, die an den Kirchentagen in der DDR teilnahmen, vielfach auf ihren Kampf gegen die Ausbeutungspraktiken multinationaler Konzerne in der Dritten Welt zu sprechen, wenn Umweltfragen behandelt wurden.

\*

Wenn wir christlichen Demokraten über unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt als Lebensraum der gesamten Menschheit nachdenken, so tun wir das nicht zuletzt aus der Sicht christlicher Ethik. Eine zentrale Aussage, die zu diesem Thema immer wieder angeführt wird, finden wir in dem

biblischen Auftrag an den Menschen, sich die Erde untertan zu machen und über die anderen Lebewesen zu herrschen.

Dieses Weltbild, das ist deutlich, stellte gegenüber dem der religiösen Umwelt des Volkes Israel einen gewaltigen Fortschritt dar. Es entzauberte die Naturgewalten, die Sterne, die Berge, Flüsse, Tiere, entkleidete sie göttlicher Verehrung, nahm ihnen den Tabu-Charakter und den Menschen die Furcht vor ihnen; es stellte sie in die Verfügung des Menschen. Damit wurden der Technik der Beherrschung der Natur, der Wissenschaft, der Zivilisation, also der Kultur im umfassenden Sinne entscheidende geistige Impulse verliehen. Es ist kein Zufall, daß in den nachfolgenden zwei Jahrtausenden die tiefstgreifenden Entwicklungen der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse vor allem in den Ländern stattfanden, die von dieser Sicht geprägt waren.

Ebensowenig aber ist es zufällig, daß gerade in diesen Ländern die Schädigung der Umwelt Ausmaße angenommen hat, die sogar globale Folgen zeitigten und manchen an der Gültigkeit jenes Herrschaftsauftrages zweifeln lassen. Denn die Entzauberung der Natur führte ja in der Tat dazu, ein instrumentales Verhältnis des Menschen zu ihr auszuprägen. Er beherrscht sie, er verändert sie, er nutzt sie, er beutet sie aus.

Spätestens das letzte Stichwort erinnert daran, daß dies Merkmale sind, die auch das Verhältnis von Menschen zueinander unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen kennzeichnen. Wo Ausnutzung und Ausbeutung die Beziehungen zwischen Menschen und das Funktionieren einer Gesellschaftsordnung bestimmen, da können die Beziehungen des Menschen zur Natur nicht prinzipiell anders aussehen. Also nicht die Harmonie zwischen Mensch und Umwelt ist unmöglich, nicht die biblische Weisung ist ungültig, sondern die Ausbeuterordnung hat beides pervertiert. Auch hier gilt, daß sozialökonomische Veränderung der wichtigste Schritt zu grundlegender Änderung ist.

Daher darf Veränderung nicht als Zurück verstanden werden. Das christliche Verständnis von Umkehr zielt ja nicht darauf, den Weg zurückzugehen, der in die falsche Richtung führte, sondern meint Sinneswandel, Kurskorrektur, Neuorientierung auf dem Weg in die Zukunft. Das bedeutet für unser Verhältnis zur Umwelt ganz konkret: Es geht nicht um ein Zurück zu vorindustrieller Idylle oder um ein zur modernen industriellen Produktion „alternatives“ Leben, in dem sich jeder das Lebensnotwendige mit einfachsten „natürlichen“ Mitteln selbst zurechtwerkelt.

Es ist uns weder erlaubt noch auch möglich, jenen Auftrag

zu annullieren und die Herrschaft des Menschen über die Natur zu diskreditieren. Ohne das Beherrschen der Naturkräfte und -gesetze, ohne das planmäßige Verändern und Nutzen der Erde konnte die Menschheit nie leben und könnte es heute weniger denn je. Nahrung für Milliarden Menschen entsteht nicht aus dem kleinen Feld, dem „alternativen“ Biogarten hinter dem Haus und dem kleinen Backofen davor. Zivilisation und Kultur sind Wesenszüge des Menschseins, sie waren es schon immer und bleiben es.

Der Bewahrung von Natur und Umwelt ist daher keineswegs mit Wissenschaftsfeindlichkeit gedient. Jener Professor Weizenbaum aus den USA hat unrecht, wenn er – selber ein Wissenschaftler – auf der Bostoner Konferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen über Glaube, Wissenschaft und Zukunft die Wissenschaft als einen Pakt bezeichnete, den die Menschheit mit dem Teufel geschlossen habe – ganz auf den Spuren eines Jean Jacques Rousseau, der – wenngleich aus anderen Gründen – im Gelehrtenstand „die Quelle sowie den Mittelpunkt alles menschlichen Elends und Verderbens“ sah. Verzicht auf den Fortschritt von Wissenschaft und Technik, um dem Verderben der Menschheit zu entgehen, ist ein untaugliches Mittel. Im Grunde hat ja nicht die Wissenschaft, sondern der Mißbrauch ihrer Ergebnisse für menschenfeindliche Zwecke einen Rousseau, einen Weizenbaum, einen Oppenheimer, einen Max Born und viele andere dazu gebracht, Zweifel anzumelden. Diesem Mißbrauch gilt es zu begegnen. Daher muß sich der Kampf für die Erhaltung der Umwelt verbinden mit dem Kampf nicht für weniger, sondern für immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse und zugleich für deren global menschendienliche, vernünftige Nutzung.

So sehen es übrigens auch namhafte evangelische und katholische Theologen unseres Landes, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. „Maßnahmen für das Überleben müssen mit Hilfe von Wissenschaft und Technik getroffen werden, nicht gegen oder ohne sie. Es gibt – gerade angesichts der Umweltproblematik – heute bei manchen eine Art Anti-Zivilisations-Affekt („Zurück zur Natur“). Das ist vielleicht verständlich, aber mit Sicherheit unrealistisch. Es geht gar nicht, daß wir auf Wissenschaft und Technik verzichten, aber es geht darum, sie verantwortungsvoll und zukunftsorientiert zu gebrauchen“, heißt es in einem Material des evangelischen „Kirchlichen Forschungsheims“ in Wittenberg.

Worum es also geht, das ist: Die Herrschaft des Menschen als Verantwortung zu begreifen statt als Willkür, das Nutzen als Haushalterschaft statt als Raubbau, das Verändern als

Gestalten statt als Zerstören. Nur gilt es hier, auch im biblischen Sinne nüchtern und realistisch zu bleiben: Veränderung der Umwelt zum Nutzen des Menschen schließt Schädigung der Natur nicht vollkommen aus. Das Nutzvieh, das der Mensch züchtet, schlachtet und ißt, kann nicht gleichzeitig als geschütztes Wild umherstreifen. Die Verkehrsmittel, ohne die unser Zusammenleben nicht denkbar wäre, brauchen mehr als einen Waldweg. Errungenschaften, auf die im täglichen Leben niemand verzichten könnte und wollte, haben ihren Preis. Keiner von uns, so schrieb einmal eine Kirchenzeitung, möchte wirklich zu dem so gern romantisch dargestellten Selbstversorgeridyll mit Handpumpe, Kerze und Eimer-Klo für länger als einen Ferienaufenthalt zurückkehren.

Die Frage ist freilich: Wie hoch muß der Preis sein, den wir für die Befriedigung unserer Bedürfnisse zahlen, genauer gesagt, unserer natürlichen Umwelt zumuten? Industrie, Technik im täglichen Leben, der Verbrauch von Konsumgütern und ihre Abfälle werden auf irgendeine Weise stets die Umwelt beeinflussen. Müssen sie sie auch stets belasten? Viele Dinge besitzen für uns einen festen materiellen oder idealen Wert. Zählt dazu auch eine gesunde Umwelt? Hat sie ihren Platz in der Skala unserer Bedürfnisse? Und welchen?

Wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden, so muß das ausstrahlen auf das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt. Das geschieht nicht automatisch — auch bei uns spricht man gelegentlich noch vom „Ausbeuten“ der Schätze der Erde —, das erfordert Umdenken, Bewußtseinsveränderung, ideologische Arbeit. Deshalb sprechen wir darüber.

Umdenken schließt eine neue Wertorientierung ein: Natürliche Umwelt darf nicht mehr bloß instrumental als Reserve für menschliche Bedürfnisse und zugleich als unerschöpflicher Müllcontainer behandelt werden. Natürliche Umwelt ist auch mehr als nur unsere Umgebung, die wir genießen, gewissermaßen als beliebig austauschbare Kulisse und Dekoration. Wir selbst sind Teil der Natur, aber verantwortlicher Teil. Sie ist umgekehrt Teil unseres Wesens, ihr Leben ein Stück unseres Lebens. Ihre Veränderung verändert uns, ihre Schädigung schädigt uns, ihre Erhaltung erhält uns. Die Ehrfurcht vor dem Leben, diese großartige Maxime Albert Schweitzers, redet nicht Vegetariern das Wort, aber sie hat Konsequenzen für unseren Umgang mit Tieren und ebenso mit anderem organischen Leben, ja auch mit der anorganischen Materie. Für Schweitzer und für uns ist sie Ehrfurcht vor der Schöpfung.

Für die Diskussion unter Christen und in unseren Kirchen ist es gegenwärtig charakteristisch, die Frage nach dem Umweltschutz im umfassenden Sinne mit der Frage nach dem Lebensstil zu verbinden. Wenn mittelbar, aber auch sehr unmittelbar die Befriedigung unserer materiellen Ansprüche die Natur belastet — ist dann nicht deren Reduzierung der direkteste Weg, die Belastung abzubauen? Wenn industrielle Produktion so viele Rohstoffe verbraucht und zudem Wasser und Luft belastet — hilft dann nicht am einfachsten der Verzicht auf aufwendige industrielle Produkte? Wenn die materiellen Attribute unseres täglichen Lebens zwar Komfort bedeuten, aber auch der Gesundheit Abbruch tun — ist dann nicht das „einfache Leben“ das billigste Rezept gesunder Lebensweise?

Unsere Antwort auf solche Fragen beruht auf unseren Wertvorstellungen. Sie geht aus unserem Verständnis sozialistischer Lebensweise hervor. Diese Lebensweise charakterisiert nun weder eine sauertöpfische Askese, ein Armutsideal, eine Verzichts-ideologie, noch ein Überflußdenken nach dem Muster „je mehr, desto besser“, das für eine Konsum- und Wegwerfgesellschaft typisch wäre.

Das Maß menschlicher Bedürfnisse soll nicht nivelliert oder normiert werden. Das wäre mit Freiheit und Mündigkeit eines sozialistischen Staatsbürgers unvereinbar. Maßstab ist vielmehr die Verantwortung, die gesellschaftliche wie die persönliche Verantwortung setzt, da sie sich nicht automatisch einstellt oder schon mit in der Wiege liegt, Bewußtsein, Erziehung und Orientierung voraus: Bewußtsein in Gestalt von Verantwortung für umweltgerechtes Verhalten; Erziehung in Elternhaus, Schule und Gesellschaft, wobei das Vorbild bekanntlich oft mehr bewirkt als Gebote und Verbote; Orientierung in Gestalt einer Wertorientierung, in der persönliche Ansprüche nicht auf Kosten anderer, der Umwelt und kommender Generationen gehen und in der der Wert der Dinge, mit denen Ansprüche befriedigt werden, nicht nach Größe und Preis, sondern nach ihrem Sinn für Leben und Zusammenleben gemessen wird.

Wenn es um Impulse, Beispiele und Aktivitäten geht, die natürliche Umwelt zu erhalten, zu schützen, zu pflegen und vor vermeidbaren Schäden zu bewahren, dann sind Christen wie alle anderen Bürger gefragt und gerufen, daran mitzuwirken. In diesem Sinne handeln Gemeindegremien, die sich zum Beispiel an den gesellschaftlichen Aktivitäten zur Pflege von Wäldern oder zum Pflanzen von Bäumen beteiligen. Wo gesellschaftliche Möglichkeiten genutzt werden, um zu helfen und zu bessern, kommt dies allen zugute und wird von allen



gutgeheißen. Wo dagegen Umweltschutz zum Modeetikett „kritischer Haltung“ wird oder dahinter der Anspruch steht, nur die Christen oder nur die Kirche könnten noch etwas retten, da wird einem guten Anliegen ein schlechter Dienst erwiesen. Ein wichtiges Kriterium ist auch die Absicht. Beteiligt man sich an etwas, was dem Gemeinwohl dient und deshalb im Allgemeininteresse liegt, oder wird ein elitäres Bewußtsein gezüchtet, etwa das, die „Besseren“, die einzig „Vorbildlichen“ zu sein? Der Unterschied ist eben, ob bestehende gesellschaftliche Möglichkeiten aufgegriffen werden und die Zusammenarbeit gesucht oder aber bewußt ignoriert wird, um möglichst „originell“ zu sein.

Es ist kein Zufall, daß sich der Ruf „Zurück zur Natur“ gelegentlich mit dem Etikett des „Aussteigens“ schmückt. Aussteigen aus dem Zug der Konsum- und Wegwerfgewohnheiten klingt gut und nach Umkehr im Sinne von Buße. Aber wer aus unserer Gesellschaft „aussteigen“ will, der steigt auch aus ihren Anliegen, Bestrebungen und Möglichkeiten aus, ökologische Probleme mit der Einsicht und Kraft aller zu lösen. Letzten Endes verläßt er sich darauf, daß die Gesellschaft ihre Aufgaben gegenüber allen Bürgern wahrnimmt und so auch ihn mitträgt.

Die Verantwortung des einzelnen Bürgers, der sich als sozialistischer Staatsbürger versteht, reicht bekanntlich über das Privatleben hinaus. Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze aber schließt ein, umweltbewahrendes Verhalten an diesem Ganzen zu orientieren und es dementsprechend zu gestalten. Sie verlangt, anderen Vorbild zu sein, die Haltung überwinden zu helfen, die da besagt, man könne ja doch nichts machen. Ein Unionsfreund aus der Erfurter Studentengemeinde stellte einmal fest, tapferes Ärmelaufkrepeln und noch so gut gemeinte Einzelaktionen führten noch zu keiner Veränderung. Symbolische Aktionen und Einzelbeispiele, wie wir sie im kirchlichen Raum da und dort erleben, haben keine Wirkung, wenn sie, statt zur Veränderung beizutragen nur das eigene Gewissen beruhigen. Gesellschaftlich nützlich kann jedoch nur sein, was sich als Teil des gesellschaftlichen Ganzen versteht, was von der Allgemeinheit als sinnvoll erkannt und als im gemeinsamen Interesse liegend mitvollzogen werden kann. Das ist unsere Überzeugung.

\*

Die prinzipielle Übereinstimmung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften bietet derzeit allein die ausbeutungsfreie Ordnung des Sozialismus. Darum ermög-

licht er aufgrund seiner gesellschaftlichen Struktur vom Prinzip her ein geschichtlich neues Verhalten zur Umwelt, kann er „die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“ (Engels) zustandebringen – in dem Maße, in dem er sich sinnvoll zu entwickeln vermag. Deshalb ist Umweltschutz im Sozialismus untrennbarer Bestandteil der Gesamtpolitik. Auch insofern ist der Sozialismus die einzig solide Basis für eine vernünftig gestaltete Zukunft der Menschheit.

Davon sind Staats- und Gesellschaftspolitik der DDR geprägt. Sie gehen davon aus, daß die Natur als Lebensquell und Fundament materiellen Reichtums zu schützen, zu pflegen und auf wissenschaftlicher Grundlage rationell zu nutzen ist. Die Natur bringt den Menschen Freude und Gesundheit und muß auch denen noch zu Diensten sein können, die nach uns kommen. Diese Haltung findet in der täglichen politischen Praxis unseres Staates allenthalben Ausdruck, und nicht erst seit heute und gestern, sondern von Anbeginn an.

Umweltpolitik ist unlösbar mit der auf Frieden nach außen und innen, auf das Wohl des Volkes und das Glück der Menschen gerichteten gesamten Politik der DDR verbunden. Sie gehört zur Wirtschafts- und Sozialpolitik unseres Landes und ist einbezogen in die ökonomische Strategie der 80er Jahre, in die Erfüllung der Hauptaufgabe der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.

Bereits in der ersten Verfassung der DDR von 1949 findet sich der Auftrag zur Gestaltung und Pflege der Landschaft. Davon ausgehend, entstanden seit den 50er Jahren eine Reihe bedeutsamer Rechtsnormen, so das Aufbaugesetz, die Gesetze zur Regelung von Jagd und Fischerei, das Wassergesetz, das Atomenergiegesetz, das Berggesetz und vor allem das Naturschutzgesetz sowie die Bodennutzungsverordnung.

Die sozialistische Verfassung von 1968 führte das entsprechend den neuen Erfordernissen und Möglichkeiten weiter. „Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und sind darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers“, heißt es in Artikel 15. Nicht jeder Staat hat Umweltschutz zum Verfassungsauftrag erhoben. Im Grundgesetz der BRD beispielsweise sucht man vergeblich danach. Dieser Auftrag der neuen Verfassung hat wiederum bedeutende gesetzliche Regelungen zur Folge gehabt, vor allem das Landeskulturgesetz (1970), in dessen Durchführung das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft entstand.

Der Versuch, einmal alle Gesetze, Durchführungsbestim-

mungen, Verordnungen und Anordnungen auf diesem Gebiet seit dem Erlaß jenes Gesetzes zusammenzustellen, umfaßt immerhin 78 Titel und erhebt noch keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit. Wonach immer man sucht, ob nach Bestimmungen über Sauberhaltung der Luft oder der Gewässer, Schutz vor Lärm, schadlose Beseitigung von Abprodukten, Erhaltung der Baumbestände, Tierschutz im weitesten Sinne, Vermeidung von Erosionsschäden, Wiederverwertung von sekundären Rohstoffen, Bodennutzung oder Probleme der Hygiene — dies und noch vieles andere hat seine rechtliche Grundlage. Eben erst hat die Volkskammer das neue Atomenergiegesetz beschlossen. Der Entwurf eines neuen Jagdgesetzes befindet sich zur Zeit in der öffentlichen Diskussion. Über die eigentliche Umwelt-Gesetzgebung hinaus gibt es noch zahlreiche Rechtsnormen, die Bestimmungen auf diesem Gebiet enthalten, vom Arbeitsgesetzbuch bis zum Strafrecht. Dazu kommt eine große Zahl von Beschlüssen der örtlichen Volksvertretungen und Räte, vor allem die Stadt- und Gemeindeordnungen.

An Rechtsnormen fehlt es also nicht. Im Gegenteil wäre vielleicht zu fragen, ob man nicht manches zusammenfassen, übersichtlicher, handlicher gestalten könnte. Um so mehr ist es notwendig, immer und überall auf Einhaltung zu achten und Rechtsbrecher auf diesem Gebiet streng zur Verantwortung zu ziehen. Genügend Ordnungen gibt es zweifellos. Aber gibt es auch schon genügend Ordnung?

Den Verursachern von Umweltschäden als Bürger entgegenzutreten mag nicht immer einfach sein. Es erfordert Gemeinsinn und oft auch Hartnäckigkeit und Durchsetzungsvermögen. Wir freuen uns darüber, daß immer mehr Volksvertreter und Mitglieder der Ausschüsse der Nationalen Front sich solcher Anliegen annehmen, daß sie Vorständen unserer Partei Anlaß sind, um mit Konsequenz auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu dringen. Wir werden von vielen Ländern um unsere Gesetzgebung auf diesem Gebiet beneidet. Nichts sollten wir unterlassen, um uns ihrer zum Wohle der gesamten Gesellschaft zu bedienen.

Unser Staat hat auf dem Felde des Umweltschutzes Probleme angepackt und gelöst, deren Bewältigung in früheren Verhältnissen nicht gelang. Denken wir allein an die Verbesserung der Wasserversorgung und die Abwendung von Hochwasserkatastrophen durch ein System von Talsperren. Zu „Kaisers Zeiten“ hat man sie erträumt, in der Weimarer Republik wurden viele von ihnen projektiert. Hitler opferte die Projekte bedenkenlos der Kriegsvorbereitung. Aber in unserem Staat wurden sie errichtet — 115 Talsperren, Speicher

und Rückhaltebecken seit 1949. Dadurch stieg der verfügbare Stauraum von damals 544 Millionen auf gegenwärtig fast anderthalb Milliarden Kubikmeter. Oder denken wir an die Braunkohle. Schon kapitalistische Unternehmer haben sie abgebaut. Aber konsequente Rekultivierung in großem Maßstab hat erst die sozialistische Gesellschaft in Angriff genommen.

Betrachten wir heute das Konzept unseres Staates zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen wie zur weiteren Erhöhung der Ergebnisse der Volkswirtschaft, so finden wir darin die Prinzipien einer vernünftigen Gestaltung und eines wirksamen Schutzes der Umwelt. Ökonomie und Ökologie sind eben im Sozialismus keine Gegensätze, sondern bedingen, recht verstanden, einander. Eines bringt das andere vorwärts; einerseits erzeugt die Leistungskraft der Volkswirtschaft die Mittel, um viele andere Bereiche gedeihlich zu entwickeln, und andererseits erhöht umweltschonender Umgang mit Rohstoffen, Energie und Material zugleich die volkswirtschaftliche Effizienz. Wo das so gesehen und praktiziert wird, da ist die Ökologie nicht das Opfer der Ökonomie, da sind Umweltschutz und Wirtschaftswachstum keine Alternativen.

Alle Volkswirtschaftspläne — vom Fünfjahrplan angefangen bis hin zu den Plänen der Betriebe und Territorien — enthalten auch Planteile für Umweltgestaltung und Umweltschutz. Das ist außerordentlich wichtig. In allen langfristigen Entwicklungskonzeptionen für die entscheidenden Sphären der Wirtschaft und die Entwicklung der Produktivkräfte spielen diese Aufgaben eine große Rolle. Bei der Vorbereitung von Investitionen, die Auswirkungen auf die Natur haben, finden sie Beachtung. Worum es geht, umreißt das Gesetz über den Fünfjahrplan 1981—85: „Auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und zur rationellen Verwertung der natürlichen Ressourcen planmäßig Maßnahmen für die Reinhaltung der Gewässer, die Nutzung und den Schutz des Bodens, die Reinhaltung der Luft, die Minderung des Lärms sowie die Beseitigung und Verwertung von Siedlungsmüll und Abprodukten durchzuführen. Die Umweltbedingungen sind insbesondere in den Arbeiterzentren und Ballungsgebieten zu verbessern.“

Die Entwicklung der DDR hat ökonomische und soziale Fortschritte von großen und unbestrittenen Ausmaßen erzielt. Doch da und dort wird zugleich gefragt: Haben sie nicht auch harte Eingriffe in die Natur mit sich gebracht? Schließlich haben neue Trassen für den Verkehr, neue Industrieanlagen und vor allem der Wohnungsbau beträchtliche Bo-

denflächen in Anspruch genommen. Verschlingt nicht der Braunkohlenabbau jeden Tag sieben Hektar Land? Verursacht die Intensivierung der Produktion nicht unter anderem auch einen höheren Wasserverbrauch, höhere Abwassermengen, weitere Belastung unserer Gewässer? Wird die Luft nicht immer mehr mit Abgasen von Kraftwerken, Chemie- und anderen Industriebetrieben versetzt? Wächst nicht der Berg der Abfälle ständig, so daß für 1985 mit 32 Millionen Tonnen allein an Hausmüll gerechnet wird? Führen die Bauweise von Wohnungen, die räumliche Anordnung von Wohngebieten, das steigende Verkehrs- und Produktionsaufkommen nicht zu ständig höherer Lärmbelastigung?

Natürlich ist die Umweltbelastung größer geworden. Aber ebenso sind die Erfolge bei ihrer Bewältigung gewachsen. Beides gehört zusammen, wengleich noch manche Lösung wird gefunden werden müssen.

Wer die Sache objektiv betrachtet, wird erkennen, daß bei richtiger Handhabung der Intensivierung in der Volkswirtschaft zugleich wesentliche Fortschritte im Umgang mit der Umwelt erreicht werden können. Siege in der Produktion müssen also keine Niederlagen für die Umwelt sein, wie man zuweilen noch sagen hört. Wenn sich in den vergangenen zwei Jahren herausgestellt hat, daß es in der Volkswirtschaft der DDR über einen längeren Zeitraum möglich ist, steigende Produktion und wachsendes Nationaleinkommen mit sinkendem Verbrauch an Rohstoffen, Energie und Material zu verbinden, dann hat das eben zugleich hohes Gewicht für den Umweltschutz. Wo es gelingt, Rohstoffe durch höhere Veredlung besser zu nutzen, wo mit Material und Energie sparsamer umgegangen wird, wo Sekundärrohstoffe in immer höherem Maße eingesetzt werden, wo man aus Abprodukten Wertstoffe gewinnt und wo die vorhandenen Grundfonds immer besser genutzt werden, da wird auch die Umwelt weniger belastet, und ihre Bedingungen verbessern sich.

Man kann sagen, daß die sozialistische Intensivierung heute und noch bis weit in die Zukunft der wichtigste Weg ist, um Umweltbelastungen zu vermindern und das Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Natur zueinander weiter zu harmonisieren. Auf diese Weise — und nur so — läßt sich auch die Aufgabe lösen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und die Umweltbedingungen gleichermaßen positiv zu entwickeln und nicht das eine dem anderen preiszugeben.

Wie also lauten die Antworten auf jene Fragen, die uns so oft gestellt werden? Natürlich haben Verkehrs-, Industrie- und Wohnbauten auch Felder, Wiesen und Wälder in Anspruch nehmen müssen. Zugleich aber sind seit den 70er Jah-

ren ca. 20 000 Hektar Öd- und Unland in Bewirtschaftung genommen worden, so daß die landwirtschaftliche Nutzfläche weitgehend erhalten geblieben ist.

Große Anstrengungen gelten der Wiederurbarmachung und Rekultivierung ehemaliger Tagebaue, um sie der Land-, Forst- oder Wasserwirtschaft sowie als Erholungsgebiet zur Verfügung zu stellen. Rund 50 Millionen Mark werden dafür pro Jahr aufgewandt, dazu Arbeitskraft, Technik, Baustoffe, Transportraum und dergleichen. Seit 1970 übersteigt die Fläche, die wieder nutzbar gemacht wurde, die jährliche Neubearbeitung von Grund und Boden für die Tagebaue. Von der Gesamtfläche, die dafür bisher in Anspruch genommen wurde, ist zur Zeit bereits mehr als die Hälfte wiedergewonnen worden, darunter Tausende Hektar, auf denen schon in der kapitalistischen Zeit abgebaut wurde. Nur etwa vier Prozent der Ländereien wurden nicht oder noch nicht wieder zurückerlangt. Der Umfang der erneut urbar gemachten oder rekultivierten Flächen, die geologischen Verfahren, die Erfolge in der Verbesserung der Bodenqualität, die zentrale Planung und Kontrolle dieser Maßnahmen sind Spitzenleistungen in der Welt.

Die neu angelegten Wälder, Seen, Teiche und Erholungslandschaften verhelfen mancher Industriegegend zu einem völlig neuen Wohnwert. Die Naherholungsgebiete Knappensee und andere im Bezirk Cottbus oder Helenensee im Bezirk Frankfurt/Oder sind Beispiele dafür. Im Bezirk Leipzig, der zur Zeit an Wäldern und Wasserflächen ärmste, werden bis zur Jahrhundertwende eine Seenplatte von 4635 Hektar und ein zusammenhängender Waldgürtel von 1400 Hektar entstehen. Die restlichen Flächen werden landwirtschaftlich genutzt.

Von allen Industriestaaten verfügt die DDR über das geringste Wasseraufkommen pro Einwohner. Um so bedeutsamer ist es, daß die Intensivierung der Volkswirtschaft auch zu immer rationellerer Wasserverwendung geführt hat. Erreicht wurden beachtliche Fortschritte bei der Verminderung des spezifischen Wasserbedarfs und der Entnahme von Trinkwasser zu Brauchwasserzwecken aus dem öffentlichen Netz, bei der Schaffung geschlossener Wasserkreisläufe in der Produktion, bei der rationellen Wasserverwendung in der Landwirtschaft und dem Einsatz von Wasser aus Seen, Teichen und Speichern zur Bewässerung, aber auch bei einer vernünftigen Wasserverwendung in Wohngebäuden.

Infolge dieser Maßnahmen wurde die seit 1975 um rund ein Drittel gestiegene Industrieproduktion mit der annähernd gleichen Wassermenge erzielt. Dabei sind übrigens noch 2,3 Milliarden Mark Investitionen eingespart worden. Neue

Technologien haben dazu beigetragen, daß beispielsweise im Textilkombinat Cottbus heute 1,9 Kubikmeter Wasser zur Produktion von Erzeugnissen im Wert von 1000 Mark benötigt werden; 1974 waren es noch drei Kubikmeter. Für alle Flußgebiete der DDR gibt es Programme zur stufenweisen Sanierung und auch bereits bedeutende Erfolge. Darauf ist es zurückzuführen, daß die Belastung der Gewässer spürbar vermindert oder in den Fällen, in denen das bisher noch nicht möglich war, wenigstens konstant gehalten werden konnte. Immer mehr Betriebe gehen dazu über, aus Abwasser Wertstoffe zu gewinnen. Das vermindert ebenfalls die Belastung der Gewässer. Allein 1982 sind in mehr als 200 Betrieben neue Verfahren zur abwasserarmen Produktion beziehungsweise zur Aufbereitung des Abwassers eingeführt worden. Verbessert und erweitert wurden Kläranlagen dort, wo die Rückgewinnung von Wertstoffen heute noch nicht möglich ist. Viel wird zur Behandlung und Reinigung kommunaler Abwässer getan, wobei weitere biologische und neuerdings auch biologisch-chemische Anlagen zum Einsatz kommen.

Große Sorgfalt gilt der Ostsee und ihrer Küste. Da sie nur durch drei kleine Passagen (Öresund, Kleiner und Großer Belt) mit den Weltmeeren verbunden ist, wird ihr Wasser durch Zufluß von dort nur alle 20 bis 30 Jahre erneuert. Das beeinträchtigt seinen Sauerstoffgehalt, seine Durchlüftung und Durchmischung. Bereits seit 1973 gibt es ein komplexes Programm zur Reinhaltung der Ostsee mit vielfältigen Maßnahmen, um ihre Belastung von Land, aus der Luft und durch den Schiffsverkehr zu reduzieren. Auch entsprechende bi- und multilaterale Vereinbarungen liegen vor, erwähnt sei nur die Konvention über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes vom 22. März 1974, die von allen sieben Anliegerstaaten unterzeichnet ist. Wie wir sind ja auch sie an der Erhaltung des Wertes der Ostsee als Wasserspeicher, Seeweg, Nahrungsspender, Baustofflieferant und nicht zuletzt wegen des Urlaubs am Meer interessiert. Unsere Regierung hat viele unterschiedliche Maßnahmen zum Schutz der Ostsee getroffen, angefangen im Binnenland, um den Schadstoffzufluß zu verringern. In den Häfen entstanden Einrichtungen, um ölhaltige Abwässer von Schiffen zu reinigen. Eine große Aufgabe ist der Schutz unserer 340 Kilometer langen Ostsee-Außenküste, von der 134 Kilometer Steilküste sind. Nicht nur Sturmflutschäden, sondern auch dem „normalen“ Einfluß der See muß durch umfangreiche und teure Maßnahmen immer wieder entgegengewirkt werden. So wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast fünf Millionen Bäume und Sträucher als Küstenschutz gepflanzt.

Im Februar 1983 gab die Regierung der DDR bekannt, daß umfassende weitere Maßnahmen für rauchgeschädigte Wälder in Angriff genommen werden — Aufforstung, Düngung und viele andere waldwirtschaftliche Aufgaben. Unsere Wälder zu erhalten und Schäden zu vermeiden oder zu beseitigen ist ja nicht nur deshalb wichtig, weil die DDR mit 0,17 Hektar Wald pro Kopf der Bevölkerung ohnehin zu den waldärmsten Ländern Europas zählt. Es geht vielmehr darum, den Wald als „grüne Lunge“ zu erhalten. Holz kann man zur Not importieren, die landeskulturelle Bedeutung der Wälder hingegen nicht. Endgültig werden sich Schäden jedoch erst vermeiden lassen, wenn ihrer Quelle zuleibe gegangen wird, also vor allem dem Schadstoffausstoß der Industrie. Darum sind auch im Blick auf die Erhöhung der Vitalität der Baumbestände und zur Bekämpfung bereits entstandener Schäden rationelle Anwendung von Energie und die Entschwefelung von Rauchgas notwendig. Außerdem geht es darum, die durch Wind und Schnee hervorgerufenen Waldschäden rasch zu beseitigen.

Zur Erhaltung des Wertes unserer Wälder gehören ferner die Erweiterung der Forstflächen um 10 000 Hektar seit 1972 sowie jährliche intensive Pflegemaßnahmen auf 200 000 Hektar und die Wiederaufforstung von mindestens 20 000 Hektar pro Jahr. Dennoch sind weitere große Anstrengungen erforderlich, um unsere Wälder nachhaltig zu schützen, vor allem Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Die intensiv erweiterte Reproduktion der Waldbestände unter den Bedingungen des negativen Einflusses von Schadstoffen aus der Atmosphäre erfordert sowohl großes Fachwissen als auch beträchtliche materielle Aufwendungen sowie internationale Zusammenarbeit.

Vor allem auf Intensivierungsmaßnahmen in der Volkswirtschaft ist es zurückzuführen, daß in der DDR seit 1971 der Ausstoß von Schwefeldioxid konstant geblieben ist, obwohl sich die industrielle Warenproduktion seitdem fast verdoppelt hat. Das gelang durch die verstärkte Abscheidung von Schwefel bei der Vergasung fester Brennstoffe, durch den zunehmenden Einsatz von Kohle mit niedrigem Schwefelgehalt zur Erzeugung von Wärme und Elektroenergie in bestimmten industriellen Ballungsgebieten und durch die steigende Nutzung von Erdgas und Kernenergie. Eine neue Methode, das sogenannte Kalkstein-Additiv-Verfahren, verspricht weitere Erfolge und wird zuerst dort eingesetzt, wo es den Menschen und der Natur den größten Nutzen bringt, gemäß dem Fünfjahrplan vor allem in Arbeiterzentren und Ballungsgebieten.

Übrigens trifft es nicht zu, daß die Braunkohle als die wichtigste Grundlage der Versorgung der DDR mit Energie an-

deren fossilen Energieträgern gegenüber nur Nachteile hätte. Zum einen wird Schwefeldioxid auch bei deren Verbrennung erzeugt, zum anderen hat Braunkohle gegenüber Steinkohle, Erdöl und Erdgas den Vorzug, daß bei ihrer Verbrennung 80 Prozent weniger Stickoxide anfallen. Seit 1981 haben Rationalisierungsmaßnahmen bei der Anwendung von Energie zur Einsparung von etwa 40 Millionen Tonnen Braunkohle mit einer Schwefeldioxidmenge von wenigstens 650 000 Tonnen geführt. Der Staubauswurf in die Luft konnte im letzten Jahrzehnt um 30 Prozent gesenkt werden.

Für die Entwicklung von Wirtschaft und Technik in der DDR wird die Kernenergie mehr und mehr unverzichtbar. Derzeit ist kein anderer Weg erkennbar, um den Energiebedarf der DDR auch dann zu decken, wenn die Braunkohlevorräte im Lande einmal verbraucht sind. Ab 1990 soll der benötigte Zuwachs an Primärenergie allein aus Kernkraft gesichert werden. Um so bedeutsamer ist es, daß die drei jetzt vorhandenen Kernkraftwerke sowohl was ihren Betrieb als auch was die Beseitigung von radioaktiven Abfällen und die sonstige Belastung der Umwelt angeht, durch äußerst strenge Vorschriften so überwacht werden, daß Nachteile für die Umwelt nicht eintreten. Der Stechlin, um dessen Erhalt manch einer gebangt hat, als vor 25 Jahren mit dem Bau des Kernkraftwerks Rheinsberg begonnen wurde, gehört heute zu den klarsten Seen Mitteleuropas mit Sichttiefen bis zu 14 Metern und einem reichen Bestand verschiedenster Organismen, wie sie nur in biologisch gesunden Gewässern vorkommen.

Bemerkenswert ist sicherlich, daß das von der DDR praktizierte Genehmigungsverfahren für Standort, Errichtung und Betrieb solcher Kraftwerke durch die Internationale Atomenergie-Organisation allen Ländern, die ebenfalls Kernkraftwerke betreiben wollen, als Muster empfohlen wurde.

Das bereits erwähnte, im Dezember 1983 von der Volkskammer beschlossene neue Gesetz über die Anwendung der Atomenergie und den Schutz vor ihren Gefahren geht von der zuverlässigen, sicheren und für die Gesellschaft vorteilhaften Nutzung der Atomenergie aus. Es bestimmt, daß der Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen sowie der Schutz der Umwelt Vorrang vor allen volkswirtschaftlichen und anderen Zielsetzungen hat. Das Gesetz sieht umfassende Maßnahmen vor, um das Leben und die Gesundheit der Menschen heute und künftig vor Strahlengefahren und um die Umwelt durch verantwortungsbewußten Umgang mit radioaktiven Stoffen und die sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle zu schützen und die höchste Betriebssicherheit der Anlagen und Einrichtungen zu gewährleisten.

Die friedliche Nutzung der Atomenergie hat bisher gezeigt, daß sie gut und sicher beherrschbar ist. In mehr als 3000 Betriebsjahren der rund 300 Leistungskernreaktoren, die es auf der Welt gibt, sind gesicherte wissenschaftlich-technische Erkenntnisse gewonnen worden. Vom Standpunkt des Umweltschutzes ist die Erzeugung von Elektroenergie aus Kernkraft sogar beispielhaft im Vergleich zu fossilen Energieträgern, vor allem, was die Luftbelastung angeht.

Große Bedeutung für den Umweltschutz besitzen die Arbeiten zur Erforschung und Entwicklung abproduktarmer und -freier Verfahren in der Produktion. Mehrere hundert Themen sind in die Pläne Wissenschaft und Technik aufgenommen worden. Es geht darum, Rohstoffe immer rationeller einzusetzen, und vor allem in der chemischen Industrie, bei Kohle und Energie, in den metallurgischen Betrieben sowie bei der Erzeugung von Glas, Keramik, Zellstoff und Nahrungsgütern mit dem geringstmöglichen Anfall von Abprodukten effektiver zu produzieren.

Eine große Anzahl von Ergebnissen auf diesem Gebiet liegt bereits vor, so etwa im Synthesewerk Schwarzheide, das heute über einen weitgehend abproduktfreien Produktionsablauf verfügt.

In der Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Volkswirtschaftsplan 1984 erklärte Unionsfreund Dr. Gottfried Klepel vor der Volkskammer: „Der Grundsatz, noch besser zu veredeln, was uns der Boden unseres Landes zu bieten hat, ist nicht nur ein Erfordernis der Intensivierung. Er steht auch in einem engen Zusammenhang mit der in unserem Staat gesetzlich geregelten Forderung nach dem Schutz der Umwelt. Je wirkungsvoller Bodenschätze eingesetzt und in den Reproduktionsprozeß eingebracht werden – so wie das auch der Plan fordert –, desto reichlicher stehen sie uns auch auf lange Zeit zur Verfügung. Gleichzeitig wird der Schutz der Umwelt mehr und mehr selbst zu einem Intensivierungsfaktor, indem er dazu beiträgt, bedeutende gesellschaftliche Werte zu erhalten... Es ist selbstverständlich, daß auch das Beschreiten neuer Wege für die Nutzung einheimischer Rohstoffe diesem Zusammenhang Rechnung tragen muß. Als Leiter des Wissenschaftlich-technischen Zentrums Carbochemie beim Ministerium für chemische Industrie bin ich – um nur ein Beispiel zu nennen – an der Erforschung einer volkswirtschaftlich effektiven Verwertung von Salzkohle beteiligt. Für uns steht dabei fest, daß Effektivität auf diesem Gebiet erst dann erreicht ist, wenn auch die damit im Zusammenhang stehenden Umweltprobleme prinzipiell geklärt sind.“

Systematisch erhöht hat sich die Zahl der geordneten Depo-

nien zur Beseitigung von Abprodukten. Seit 1971 entstanden etwa 85 solcher Deponien; 1985 werden es etwa 170 sein. Die Standorte sind so gewählt, daß Schädigungen der Umwelt ausgeschlossen sind.

Große Sorgen bereitet zur Zeit wachsende Lärmbelästigung, vor allem in Wohngebieten. Auf Grund von „Lärmkarten“, die den Verkehr als den Verursacher von etwa zwei Dritteln des übermäßigen Lärms erfassen, werden lärmindernde Maßnahmen geplant und durchgeführt, wie Umgehungsstraßen, Schallschutzwälle oder Waldstreifen. Schritt für Schritt gehen die Einführung geräuscharmer oder geräuschloser Technologien und die Konstruktion von schallgedämpften Industrieerzeugnissen vor sich. Dennoch sind Mopeds, Straßenbahnen, Dieselloks und manches andere noch zu laut.

Wir sollten zudem bedenken, daß viele Maßnahmen unseres Staates auf unterschiedlichsten Gebieten die Umwelt entlasten, die auf den ersten Blick gar nicht dazu zu gehören scheinen, wie etwa die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 Kilometer auf den Autobahnen und 80 Kilometer in der Stunde auf der Landstraße – eine Maßnahme, die Umweltschützer in der BRD seit langem vergeblich fordern und wegen der sie sich als „Utopisten bezeichnen lassen müssen; die Elektrifizierung der Eisenbahn oder die immer stärkere Orientierung des Wohnungsbaues auf bereits früher erschlossene Standorte.

Blickt man in die Bezirke, Kreise und Ortschaften, so läßt sich die Liste des Erreichten noch ganz wesentlich um territoriale Ergebnisse erweitern. In Rostock beispielsweise konnte die Staub- und SO<sub>2</sub>-Emission seit 1980 um fast 20 Prozent gesenkt werden, weil rationeller mit Energieträgern umgegangen wird. In Erfurt, Neubrandenburg, Delitzsch, Haldensleben und vielen anderen Städten wurden wirksame Maßnahmen zum Baumschutz durchgeführt. Auch Straf gelder, die Betriebe wegen Verstößen gegen gesetzliche Umweltschutz-Bestimmungen zu entrichten haben, werden vielerorts zur Finanzierung von Baumpflanz-, Begrünungs- und ähnlichen Aktionen verwandt. Durch straffe Kontrolle der gesetzlichen Maßnahmen und einfallsreiche neue Verfahren ist es beispielsweise in Lobenstein, Langensalza und Gräfenhainichen gelungen, den Anfall von Gülle zu senken und Schäden bei ihrer Ausbringung weitgehend zu vermeiden – etwas, worum anderwärts oft noch schwer gerungen wird. Der Bau von Umgehungsstraßen um Ortslagen, wie im Bezirk Rostock, dient nicht nur dem besseren Verkehrsfluß, sondern auch dem Schutz der Bewohner vor Abgasen und Lärm. Oft wird weit vorausschauend gearbeitet: Obwohl im Bezirk Neubran-

denburg vorerst noch keine Verwertungsmöglichkeiten für Rostasche aus Kraftwerken gegeben sind, lagert man sie dort so, daß sie gegebenenfalls sofort einer Verwendung zugeführt werden kann.

Überhaupt fällt auf, daß sich – selbst wenn man nur einige Territorien miteinander vergleicht – eine sehr unterschiedliche Situation in bezug auf den Umweltschutz zeigt. Probleme, mit denen die einen Kreise schon lange fertig geworden sind, bereiten anderen noch große Sorgen, wie etwa Gülle und Müll, Abwasser und Begrünung. Erfahrungsaustausch ist auch hier die billigste Investition.

Die Erfahrung zeigt, daß Umweltschutzmaßnahmen in den Bezirken und Kreisen am effektivsten sind, wenn sie bereits seit langem straff gelenkt werden und man daher weiß, wie es Schritt für Schritt weitergehen kann und soll. Dort werden die vorhandenen Mittel auch am zweckmäßigsten und mit dem größten Nutzeffekt eingesetzt. Wertvoll ist ebenfalls die gute Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen innerhalb und außerhalb der Räte sowie mit den Betrieben. Bewährt hat sich ferner, daß ausgewählte Schwerpunktbetriebe ihre Planteile Umweltschutz vor den betreffenden Räten der Bezirke oder Kreise verteidigen und über die Erfüllung dieser Planteile regelmäßig Rechenschaft legen.

Ebenso wichtig sind Maßnahmen wie die Hinzuziehung der Abteilungen Umweltschutz der Räte bei Investitionen zum Neubau, der Erweiterung oder Rekonstruktion von Produktionsbetrieben und -anlagen in Industrie und Landwirtschaft, und zwar in einem so frühen Stadium wie möglich. Vielerorts ist man dazu übergegangen, Maßnahmen zum Umweltschutz festzulegen, ohne deren Erfüllung die Anlage nicht in Betrieb genommen werden darf. Am besten bewährt sich dies natürlich dort, wo genaue Unterlagen über Beschaffenheit und Belastbarkeit der vorgesehenen Standorte vorhanden sind und wo man die Hinweise der Bevölkerung beachtet.

Insgesamt kann man mit Recht feststellen: Wer aufmerksam und über einen längeren Zeitraum beobachtet, was in der DDR für den Schutz von Natur und Umwelt getan wird, findet viele beachtliche Fortschritte und klare Konzeptionen für die Zukunft, jedenfalls bei weitem nicht nur ein Spannungsfeld zwischen Anspruch und Realität vor, wie mancher meint. Natürlich wäre es absurd, die Lösung aller Umweltprobleme mit einem Schlage zu erwarten oder zu fordern. Wir halten es vielmehr für richtig, schwerpunktmäßig zu verfahren und die vorhandenen Mittel nicht zu verzetteln, son-

dern ein Projekt nach dem anderen anzugehen und zu bewältigen.

Zudem ist zu bedenken: Auf diesem wie auf vielen anderen Gebieten sozialistischen Lebens ist es das eine, welche Möglichkeiten im Wesen des Sozialismus liegen. Die Fähigkeit jedoch, sie zu erkennen und zu nutzen, das objektive Vermögen dafür, also die wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Potenzen, und schließlich die subjektive Einstellung dazu — das kann erst Schritt um Schritt erarbeitet und geschaffen werden.

So bleibt noch viel zu tun. Zu allererst ist das eine Herausforderung des Menschen an seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Begabungen, aber nicht zuletzt auch an sein Bewußtsein. Gewiß, wir haben den Sozialismus zu erbauen begonnen mit dem, was uns aus der Ausbeutergesellschaft an Erfahrungen, Auffassungen und Meinungen überkommen ist. Dazu gehörte weithin die Ansicht, daß das Verhältnis des Menschen zur Natur das Verhältnis des Nehmenden zu einer Gebenden sei, daß ihre Gaben „allemal reichen, solange ich lebe“. Diese Ansichten beeinflussen das alltägliche menschliche Handeln, das „Umweltbewußtsein“ natürlich stark. Unsere politisch-ideologische Arbeit muß deshalb darauf gerichtet sein, diese Ansichten ins Positive zu lenken.

Die gegenseitige Bedingtheit von Intensivierung der Volkswirtschaft und Beschaffenheit der Umwelt bedeutet zugleich, daß über Umwelt ganz vorrangig im Arbeitsprozeß entschieden wird — von der zentralen Leitung und Planung angefangen bis hin zu jedem Arbeitsplatz. 1983 waren es zehn Jahre, seit Umweltschutzaufgaben direkter Bestandteil betrieblicher Jahrespläne sind. Es ist zu hoffen, daß sie auch überall zu den Zielen des sozialistischen Wettbewerbs gehören und daß sie ebenfalls bei allen Leitungsentscheidungen im Staatsapparat wie in der Wirtschaft gebührend bedacht werden.

Immer mehr Werkstätigen sind Plandiskussionen und -aufgaben Anlaß zu Gedanken, wie sie zur Verbesserung von Umweltbedingungen beitragen können. Eine große Zahl von Neuerern — darunter erfreulich viele junge — legen dazu Vorschläge vor. Seit 1977 besitzt die „Messe der Meister von morgen“ einen eigenen Bereich für Neuentwicklungen zum Nutzen der Umwelt. Alle Werkstätigen in den Industriebetrieben und in der Landwirtschaft, in wissenschaftlichen Instituten und Projektierungsbüros sind aufgefordert, moderne, umweltgerechte Lösungen zu finden. Wo Betriebe erweitert oder Verfahren intensiviert werden, wo Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkstätigen weiter verbessert werden, wo es um Abschaffung von Arbeitsplätzen mit erschwerten Arbeitsbe-

dingungen, um wissenschaftliche Arbeitsorganisation und auch um wirtschaftliche Rechnungsführung geht, da gibt es noch viele Reserven. Wie groß die Erfolgsaussichten sind, erweist sich daran, daß ja zahlreiche der genannten Ergebnisse bei der Einsparung von Ressourcen und der Minderung des Schadstoff-Ausstoßes auf der Tätigkeit von Neuerern und Rationalisatoren beruhen. Und die erzielten Erkenntnisse sollten nicht im Betrieb verbleiben, sondern weitergegeben werden.

Dem Wirken von Neuerern und Erfindern auf dem Felde des Umweltschutzes bieten sich auch langfristig viele Themen. Gewiß, zur Zeit sind die wirtschaftliche Nutzung von Wind- und Sonnenenergie oder Biogas noch Zukunftsmusik. Doch es ist durchaus möglich, daß diese Verfahren einmal wirtschaftlich mit herkömmlichen Methoden der Energiegewinnung Schritt halten können, zumal Kohle, Erdöl und Erdgas immer kostbarer werden. Ebenso werden sich elektronische Zündeinrichtungen für Kraftfahrzeuge gewiß sowohl ökonomisch als auch ökologisch rentieren. Auf dem großen Gebiet der Kraftfahrzeugtechnik ließe sich überhaupt noch manches tun. Aus Japan wird von einem Pkw-Motor berichtet, der bei einer konstanten Fahrgeschwindigkeit von 60 Stundenkilometern nur 3,3 Liter Kraftstoff für 100 Kilometer benötigt.

Doch auch derjenige, der sich nicht als Erfinder oder Neuerer betätigen kann, ist angesprochen. Wieviel könnte beispielsweise erreicht werden, wenn Produktionsanlagen sowie Entstaubungs- und Abgasreinigungsanlagen exakt gefahren werden, letztere auch nachts und an arbeitsfreien Tagen, damit Abgas- und Staubentwicklung niedrig bleiben. In diesen Bereich gehört auch die Pflicht eines jeden zur Wachsamkeit gegenüber Verstößen, Kurzsichtigkeit und Betriebsegoismus. Die gesetzlichen Bestimmungen haben es begrüßenswerterweise mit sich gebracht, daß in den staatlichen Organen, angefangen beim Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und entsprechenden Bereichen in den Industrieministerien bis hin zu den Räten der Bezirke und Kreise, wie auch in Kombinatenebene eine erhebliche Anzahl hochqualifizierter Mitarbeiter für Fragen des Umweltschutzes vorhanden sind. Sie erfüllen ihre Aufgaben dann am besten, wenn sie nicht nur verwalten und berichten, sondern möglichst viel möglichst schnell zum Besseren verändern.

In vielfältiger Weise ist die DDR international an der Lösung von Umweltfragen beteiligt. Im RGW arbeitet unser Staat aktiv im Rat für Umweltschutz mit, der etwa 400 Forschungseinrichtungen in den Mitgliedsländern koordiniert. Grundlage ist das Programm der Zusammenarbeit auf dem

Gebiet des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt und der damit verbundenen rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Bis 1985 sieht es mehr als 150 Themen zur Bearbeitung vor. Ein Drittel aller Aufgaben bezieht sich auf die Schaffung neuer oder vollkommenerer umweltfreundlicher technologischer Verfahren. Viele Themen haben die Entwicklung abproduktfreier Technologien, hocheffektiver Reinigungsanlagen für Luft und Wasser sowie entsprechender Kontroll- und Meßtechnik zum Ziel. So koordiniert beispielsweise das Institut für Luft- und Kältetechnik Dresden die Entwicklung von Technologien, durch die die Atmosphäre nicht belastet wird, und von Meßgeräten zur Kontrolle der Luftbeschaffenheit. Auf dem Gebiet der Rekultivierung ehemaliger Tagebaue und dem der Naturschutzgebiete arbeitet das Institut für Landschaftsforschung Halle mit anderen RGW-Ländern zusammen. Daneben existiert eine Vielzahl bilateraler Beziehungen zu den Mitgliedsstaaten des RGW.

Erfolgreich ist auch die Zusammenarbeit mit einer Anzahl nichtsozialistischer Länder, so mit Schweden und Finnland. Ständige Arbeitskontakte gibt es mit Österreich und Norwegen. Daß sich die Verhältnisse in bezug auf die BRD und Berlin (West) ebenfalls positiv entwickeln, zeigen entsprechende Gespräche und Verhandlungen. Beachtliche und anerkannte Initiativen bringt unser Staat in bedeutende internationale Gremien ein, so in die Organe für Umweltschutz der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) der UNO, in entsprechende Programme der UNESCO und in das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Bemerkenswert ist, daß zahlreiche bi- und multilaterale Vereinbarungen, Gemeinschaftsarbeiten und anderes auf ökologischem Felde im Gefolge der Schlußakte von Helsinki zustande gekommen sind – ein Beweis dafür, wie sehr der Umwelt friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit nützt.

\*

Auf der Mitarbeiterkonferenz im September 1983 hat der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, ausgeführt: „Viel tut unsere Gesellschaft dafür, die Umwelt zu schützen und zu gestalten. Sie nimmt Umweltfragen sehr ernst, behandelt sie mit großer Gewissenhaftigkeit und Wissenschaftlichkeit... Wir halten es für richtig, die Unionsfreunde im Territorium zu größerem persönlichen Engagement in jenen Fragen zu gewinnen, die der einzelne beeinflussen kann, also zu umweltbewußtem Denken, zu umweltgerechtem Verhalten und nicht zuletzt zu realisierbaren Vorschlägen für die staatliche und gesellschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet.“

Diese Aussage ist das jüngste Glied in einer langen Reihe von grundsätzlichen Äußerungen unserer Partei zu Umweltfragen. Diese Reihe beginnt weit eher, als der Begriff „Umweltschutz“ Allgemeingut wurde, nämlich mit dem 5. Parteitag im Jahre 1950. Die „Agrarpolitischen Leitsätze“ von 1952 gehören dazu und unsere Mitarbeit am Naturschutzgesetz von 1954. Auch in den darauffolgenden Jahren haben wir uns immer wieder diesen Fragen zugewandt, meist im Zusammenhang mit Vorschlägen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, so etwa 1960, als der Arbeitskreis Land- und Forstwirtschaft beim Hauptvorstand Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenstruktur und zum Pflanzenschutz empfahl. Schon 1962 haben wir detaillierte Vorstellungen über die Mehrfachnutzung des Wassers durch Betriebe erarbeitet sowie wiederum Vorschläge zum Pflanzenschutz und zur Begrünung von Wohngebieten gemacht. Vom 11. Parteitag 1964 gingen Anregungen zum Schutz von Waldtieren, zur Minderung der Luftverunreinigung in Gebieten mit starker Industriekonzentration und zur Verbesserung der Abwasserbehandlung aus. Der 12. Parteitag 1968 drückte in seiner Entscheidung die Erwartung aus, daß die Mitglieder unserer Partei sich für gesundheitsfördernde Umweltbedingungen und aktive Erholung einsetzen. Das Landeskulturgesetz und zahlreiche andere Rechtsnormen auf diesem Gebiet haben wir in diesem Sinne mitgestaltet.

Wer sich mit den Materialien unserer Parteitage befaßt, wird immer wieder auf die Behandlung entsprechender Fragen stoßen – bis hin zur programmatischen Entschließung des 14. Parteitages, in der es heißt: „Ein dringendes Anliegen der CDU, auf das sie die Mitarbeit ihrer Mitglieder verstärkt richtet, ist die Gestaltung der Wohnumwelt und die Pflege von Natur und Landschaft, um Schönheit und Reichtum unserer Heimat zu bewahren und sie für Freizeit, Urlaub und Naherholung im Interesse des körperlichen, geistigen und emotionalen Wohlbefindens der Menschen noch stärker zu erschließen.“

In diesem Sinne gestaltet die CDU alle die zahlreichen Initiativen ihrer Mitglieder, Umweltfragen anzupacken und zu lösen. Die Vorstände unserer Partei haben viel Mühe darauf verwandt, konnten sich jedoch auf einen großen Kreis von Unionsfreunden aus Stadt und Land stützen, die aus haupt- und vor allem auch aus ehrenamtlicher Arbeit auf landeskulturellem Gebiet über reiche Erfahrungen verfügen und viele gute Ratschläge geben.

In ihrer beruflichen Arbeit gehen viele Mitglieder immer mehr davon aus, daß das Streben nach planmäßiger Gestal-



tung der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes prinzipiell mit den Erfordernissen der volkswirtschaftlichen Intensivierung, vor allem zur besseren Ausnutzung von Rohstoffen, der Verwertung von Abprodukten und Sekundärrohstoffen sowie der rationellen Energieanwendung übereinstimmen. Die Durchsetzung der gesamtgesellschaftlichen Interessen bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen halten wir für entscheidend für den Schutz und die Pflege unserer Umwelt.

Von diesem Grundgedanken her hat die CDU eine große Anzahl von Vorschlägen zu einzelnen Komplexen des Umweltschutzes sowohl auf zentraler als auch auf territorialer Ebene ausgearbeitet und dabei zugleich auf noch vorhandene Widersprüche hingewiesen. Viele dieser Überlegungen und Anregungen sind in Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse der Volksvertretungen und andere rechtliche Regelungen eingegangen. Es handelt sich dabei sowohl um Vorschläge zu Grundsatzfragen als auch zu Detailproblemen, wobei wir stets davon ausgegangen sind, Umweltpolitik als Teil der gesamten Gesellschaftspolitik zu sehen, gesamtgesellschaftliche Interessen Einzelinteressen überzuordnen und Lösungen zu finden, die eine breite Mitarbeit der Bevölkerung ermöglichen. So sind, um nur einiges herauszugreifen, bei der weiteren Qualifizierung der territorialen Entwicklungskonzeptionen in bezug auf landeskulturelle Belange Vorstellungen und Hinweise wirksam geworden, die wir zu dem gesamten Bereich dieser Konzeptionen erarbeitet haben. Die Konzeptionen gehören zu den Grundlagen für die weitere Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie von Investitionsentscheidungen. Ebenfalls haben wir Flächennutzungsanalysen vorgeschlagen, weil wir sie zur umsichtigen Lokalisierung von Intensivierungsmaßnahmen, zur rationellen und pfleglichen Bodennutzung, zur Planung des Anbaus von Flurgehölzen, für die Restflächenverwertung, für die Schaffung von Kleingartenanlagen und ähnliche Vorhaben für erforderlich halten. Solche Analysen werden jetzt vorbereitet. Auch das Wassergesetz von 1982 regelt von uns angeregte Maßnahmen zur weiteren grundsätzlichen Verbesserung der Wasserversorgung, der Abwasserbehandlung und der Wiederverwendung von Brauchwasser, so das der verstärkten Kontrolle von Gewässern seitens ehrenamtlicher Helfer der Staatlichen Gewässeraufsicht.

Hingewiesen hatten wir ebenfalls auf die Rolle der Gehölze in der Landschaft und eine zentrale Rahmenordnung dafür empfohlen. Dem wurde durch die neue Baumschutzordnung und die in Arbeit befindliche TGL über die Begrünung von Verkehrswegen weitgehend Rechnung getragen. Die Festle-

gung regelmäßiger Abgaskontrollen an Personenkraftwagen nimmt eine Anregung von uns auf.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Vorschläge unserer Partei sich auf dem Gebiet der politischen Massenarbeit für den Umweltschutz realisiert finden, so in Konzeptionen des Kulturbundes und seiner Gesellschaft für Natur und Umwelt, der URANIA und der Kammer der Technik. Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften griff unsere Anregung zur Aktualisierung entsprechender Darlegungen in Schulbüchern auf.

In den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden sind unsere Unionsfreunde ebenfalls rege und erfolgreich tätig, so zur Mitgestaltung der Stadt- und Gemeindeordnungen. Erfreulich war es, wieviele Ortsgruppen in ihren Briefen an die Mitarbeiterkonferenz 1983 von Aktivitäten zur Pflege der Umwelt berichteten. Wir verstehen die vielfältigen Verflechtungen von Umwelt- mit anderen gesellschaftlichen Problemen dann richtig, wenn wir diese Fragen immer wieder in den Diskussionen, im Erfahrungsaustausch im Kreise der Mitglieder unserer Partei zur Sprache bringen – ganz im Sinne dessen, was Gerald Götting auf der Mitarbeiterkonferenz sagte.

Was alles möglich ist und als Anregung dienen kann, publiziert auch unsere Presse. Seit Jahren vergeht kein Monat, ohne daß sich unser Zentralorgan „Neue Zeit“ sowie die Bezirkszeitungen unserer Partei mit Fragen der Landeskultur befassen, reiche Ausbeute an Informationen und Orientierung bieten und die Öffentlichkeit auf diese Fragen aufmerksam machen. Schon angesichts dessen kann man wohl kaum über eine Informationslücke auf diesem Gebiet klagen, wie man es zuweilen hört. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Arbeit unserer Medien in dieser Hinsicht ihr Optimum schon erreicht hätte. Nachzudenken wäre darüber, wie weit man ohne Sensationshascherei darüber berichten könnte, was ist, was geschieht, was getan werden sollte, müßte oder was noch nicht möglich ist.

Keineswegs sind wir der Meinung, das Unsere schon vollbracht zu haben. Sehen wir uns im Kreise unserer Mitglieder und noch mehr unter parteilosen Mitchristen um, dann werden wir feststellen, daß da und dort neben hervorragenden Initiativen auch noch manche passive Haltung zu finden ist. Die Mitgliederversammlung ist der rechte Ort, Fragen und Probleme dieser Art zu diskutieren, im konstruktiven Streit der Meinungen zu umweltbewußterem persönlichem Verhalten und zu Anregungen auf diesem Gebiet an staatliche und gesellschaftliche Organe zu gelangen.

\*

Wie alle anderen Bereiche gesellschaftlicher Entwicklung, so braucht und schätzt auch der Umweltschutz in unserem Lande den Bürger der Verfassung entsprechend als aktiven Mitgestalter. Das ist gar nicht anders denkbar, denn umweltgerechtes Verhalten ein- und auszuüben kann nicht Sache von staats- und wirtschaftsleitenden Organen allein sein.

Staat und Gesellschaft der DDR können sich denn auch beim Schutz der Umwelt auf einen wahrhaft unüberschaubaren Reichtum an Initiativen der Bürger stützen. Die Vielzahl des Erreichten und die Vielzahl derer, die dazu mithelfen, beweisen schlüssig, wie die sozialistische Demokratie die Aktivitäten der Bürger und ihre Teilnahme an Entscheidungsprozessen verlangt und fordert. Wer die Praxis kennt, weiß, daß der demokratische Zentralismus keineswegs ein Hemmschuh für diese Aktivitäten ist, wie wir es zuweilen hören. Ganz im Gegenteil. 1600 Vorschläge aus der Bevölkerung haben seinerzeit dazu beigetragen, den Entwurf des Landeskulturgesetzes in 80 Passagen zu ändern oder zu ergänzen. Hinweise und Erkenntnisse zur Landeskultur kommen den Volksvertretungen und Räten fast täglich auf den Tisch.

Viele tausend Mitbürger sind aktive Mitgestalter. Denken wir nur an die Gesellschaft für Natur und Umwelt des Kulturbundes. Auf mehr als 50 000 ist die Zahl ihrer Mitglieder seit der Gründung 1980 gestiegen. Zahlreiche Unionsfreunde sind dabei und leisten anerkannte Arbeit. Viel wird getan:

Landschaftstage praktizieren sozialistische Demokratie auf landeskulturellem Gebiet, popularisieren die auf diesem Gebiet erzielten Resultate und unterstützen Umweltschutzmaßnahmen. Sie werden in Zusammenarbeit mit staatlichen Organen, dem FDGB und der Nationalen Front durchgeführt. Inzwischen sind sie – wie etwa der Landschaftstag Thüringer Wald – schon Tradition geworden und zudem Foren, auf denen Rechenschaft über durchgeführte landeskulturelle Maßnahmen gelegt wird. Unsere für diese Fragen verantwortlichen Staatsfunktionäre – etwa in Erfurt, Frankfurt, Waren oder Gera – hoben hervor, wie segensreich sich das auf den Umweltschutz auswirkt. Zu begrüßen ist es, daß Landschaftstage auch für industrielle Ballungsgebiete durchgeführt werden, etwa für Leipzig, Rostock, Karl-Marx-Stadt und Magdeburg. Sie stehen unter dem Motto: „Wohnen – produzieren – erholen“. Zu empfehlen wären sie für alle Großstädte unseres Landes – einschließlich seiner Hauptstadt.

Interessengemeinschaften arbeiten objektbezogen und weisen oft beachtliche Erfolge auf, so etwa die zur Erhaltung der Elbe-Biber. Vorwiegend ehrenamtlicher Arbeit ist es zu danken, daß heute wieder etwa 800 dieser Tiere in den

Schutzgebieten leben – der höchste Bestand seit 200 Jahren.

Pflanzaktionen und Beräumung von Wasserläufen, Aufräumarbeiten in schnee- oder sturmgeschädigten Wäldern und viele andere Aufgaben, die einer kurzfristigen Lösung durch Einsatz vieler Helfer bedürfen, werden da organisiert. Die Arbeit dort geschieht unter großer Anteilnahme von Jugendlichen, vor allem auch in der FDJ-Initiative „Gesunder Wald“. Zweckvoll scheint es, zu überlegen, wie man eine spezielle Anerkennung für diese Leistungen schaffen könnte.

Landeskulturrabinette bieten Anschauungsmaterial für Schulen und informieren über Landschaftsgeschichte, Besonderheiten und Seltenheiten der betreffenden Landschaft, Flora und Fauna, materielle Lebens- und Erholungsbedingungen. Sie machen auch auf bedrohliche Situationen aufmerksam und sind zugleich Arbeitsstätten der Fachgruppen. Dreißig solcher Kabinette gibt es schon, weitere dreißig sind im Aufbau begriffen. Einige sind mit Naturlehrpfaden verbunden.

Insgesamt gesehen unterstützt die Gesellschaft das Wirken der staatlichen Organe auf landeskulturellem Gebiet, gibt fachliche Ratschläge und ist ein Sammelpunkt zahlloser Initiativen der Bürger. Neben und mit der Gesellschaft für Natur und Umwelt greifen Gesellschaften wie die URANIA, die Kammer der Technik, der Bund der Architekten, der Anglerverband, der VKSK oder die Jagdgesellschaften Fragen des Umweltschutzes auf, behandeln sie in ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, wirken selbst aktiv beim Schutz von Natur und Umwelt mit, tun viel für die Gewinnung der Jugend für diese Aufgaben und fördern das Umweltbewußtsein insgesamt. Zahlreiche Unionsfreunde sind an diesen Initiativen beteiligt, prägen sie mit und leisten hoch anerkannte Arbeit.

Viele ehrenamtliche Naturschutzhelfer machen sich um den aktiven Schutz der Tier- und Pflanzenwelt verdient, so daß die Bestände einer größeren Zahl geschützter Pflanzen und Tiere erhalten und manchmal sogar erweitert werden konnten. Vor allem fühlen sie sich für die 751 Naturschutzgebiete verantwortlich, die übrigens in den vergangenen Jahren von 79 000 auf 102 000 Hektar erweitert wurden, und ebenso für die 1,9 Millionen Hektar der 403 Landschaftsschutzgebiete.

Doch mit den Initiativen von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und gesellschaftlichen Organisationen kann es nicht getan sein. Umweltschutz geht jeden an. Jeder sollte seine Verantwortung für den rechten Umgang mit der Natur wahrnehmen. Viel wäre schon erreicht, wenn privat durchaus gängige Verhaltensweisen wie Sauberkeit, Sparsamkeit, Sorg-

samkeit, Ordnungsliebe, Gemeinsinn überall auch gesellschaftlich geübt würden, wenn Kinder beizeiten lernten, diese Eigenschaften in der Öffentlichkeit genauso zu pflegen wie – hoffentlich – zu Hause. Auf einige Bewährungsfelder für jeden Bürger sei besonders verwiesen.

1. Bedeutende Rechte und Pflichten im Blick auf die allseitige Gestaltung der Umwelt und den Schutz der Natur sind den örtlichen Volksvertretungen übertragen.

Sie bestimmen zum Beispiel Natur-, Landschaftsschutz- und Trinkwasserschutzgebiete. Sie beschließen, was nötig ist, um die Einhaltung von Grenzwerten der Luft- und Gewässerbelastung zu sichern. Sie koordinieren und kontrollieren die Maßnahmen von Industrie, Landwirtschaft und anderen volkswirtschaftlichen Zweigen auf ihrem Territorium zum Schutz und zur Gestaltung der Umwelt.

Auch immer mehr Ausschüsse der Nationalen Front nehmen sich landeskultureller Aufgaben an, beziehen sie in ihre Tätigkeit ein und mobilisieren die Bevölkerung zum Mitmachen. Da gibt es beispielsweise Initiativen zur Pflege von Parkanlagen, Baumpflanzaktionen, Grünflächengestaltung vor allem auch in Neubaugebieten und vieles mehr. Da kann jeder mit zugreifen – nicht nur der „Spezialist“, nicht nur der, der sich im Kulturbund betätigt.

Umweltbewußtsein heißt mitdenken und mitmachen. Dazu ebenfalls ein Beispiel. Unionsfreunde, die zu einer Gemeinschaft von Wochenendsiedlern im Kreis Königs Wusterhausen gehören, berichten: Als sie im Frühjahr 1983 auf dem kleinen See, an den ihre Grundstücke grenzen, vermehrten Algenbefall feststellten, veranlaßten sie eine Wasser-Untersuchung. Aus dem Befund ging hervor, daß dem mit einfachen Methoden beizukommen ist, so etwa mit der Freilegung des Ufers von Gestrüpp und einigen anderen Maßnahmen, die die Siedler selber durchführen konnten. Der Erfolg war, daß der See schon im Juni wieder seine alte hohe Wasserqualität erreicht hatte. Die Siedler hätten das auch bleiben lassen und in die allgemeine Klage darüber einstimmen können, daß unsere Gewässer verschmutzen. Doch sauberer wäre ihr See dadurch gewiß nicht geworden.

2. Beim Umweltschutz bleiben kleine Dinge nicht klein.

Da öffnet einer eine Getränkeflasche. Was fängt er mit dem Kronenverschluß an, einem von 10 Milliarden im Jahr, die in der DDR verbraucht werden? Er kann ihn wegwerfen. Keiner wird ihn dafür rechenschaftspflichtig machen. Jedoch: Rund 20 000 Tonnen Blech werden zur Herstellung dieser Verschlüsse im Jahr benötigt. Neun von zehn wandern zur Zeit noch in den Abfall. Die Natur muß neue Rohstoffe dafür

liefern. Da wirft einer eine Flasche in den Müll. Eine Flasche pro Einwohner, das sind 17 Millionen, zu deren Herstellung 2,7 Millionen Kubikmeter Gas, 10 000 Kubikmeter Glassand, 1700 Tonnen Soda und 4600 Tonnen Braunkohle benötigt werden und die damit verlorengegangen sind, unwiederbringlich. Ein Kilo Altpapier in jedem Haushalt der DDR verbrannt (etwa ein Monat „Neue Zeit“ zum Beispiel), und 50 bis 60 Hektar Wald sind dahin. Ein Lob der FDJ in Morl bei Halle, die für die Disco kein Eintrittsgeld, sondern pro Besucher fünf Kilo Altpapier nimmt.

Gewiß, die DDR ist eines der Länder, in denen die Erfassung von Sekundärrohstoffen schon weit gediehen ist. 1982 stammten bereits 75 Prozent des Bedarfs der einschlägigen Industrie an Flaschen und Gläsern sowie 47 Prozent des Bedarfs an Rohstoffen zur Papierherstellung aus dieser Quelle. Aber dennoch werden 30 Prozent immer noch zu Müll – ein Wert von 700 Millionen Mark im Jahr. Manches könnte noch erfaßt werden, verbrauchte Taschenlampenbatterien beispielsweise oder jene funktionsunfähigen Baugruppen aus elektronischen Geräten, die bei Reparaturen ausgewechselt werden müssen. Obwohl das Gesetz verlangt, diese oft aus wertvollem Material bestehenden Teile dem Eigentümer zurückzugeben, wenn er das Gerät in der Werkstatt abholt, ist wohl nichts dagegen einzuwenden, wenn er sie dortläßt, damit sie sinnvoll verwandt werden können. So reich sind wir ja wahrlich nicht, daß es uns nicht stören sollte, wenn dieses für den Privatmann wertlose Material einfach weggeworfen wird.

3. Was du nicht willst, daß man dir tu . . .

Mancher beklagt den Einsatz von Chemikalien, der zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit notwendig ist. Dann geht er nach Hause und läßt seine Brotreste statt in den „Specki“-Behälter in den Müllcontainer fallen. Je eines von 10 Broten, 210 000 Tonnen Getreide pro Jahr landen da – 210 000 Tonnen, die produziert, aber nicht konsumiert worden sind. Manchem behagt die Luft nicht, die ihm morgens durchs offene Fenster entgegenströmt, weil sie ihm so recht rein nicht vorkommt. Dann geht er zu seinem Auto und läßt es warmlaufen, während er die Scheiben säubert, obwohl es unstatthaft ist, den Warmlaufprozeß bei Wärmegraden über 30 Sekunden hinaus auszudehnen, bei Kältegraden über 60 Sekunden. Mancher ist entrüstet über verschmutzte Gewässer. Doch mit Leitungswasser geht er ebenso sorglos und verschwenderisch um wie mit Waschmitteln. Je öfter und länger aber der Wasserhahn geöffnet wird, desto höher ist der Bedarf an Trinkwasser und das Aufkommen von Abwasser. Je mehr Waschmittel benützt wird, desto mehr davon gelangt in die Flüsse.

Das Kraftfahrzeug läßt er beim Sonntagsausflug direkt am Seeufer stehen, wo es den einen oder anderen Tropfen Öl verliert. (Wer es nicht glaubt, lege einen Bogen Papier darunter und sehe nach einigen Stunden nach.) Aber ein Liter Öl kann eine Million Liter Wasser verderben.

Mancher ist bekümmert über alle möglichen Umweltschäden. Doch er selber gehört nicht nur zu den Verbrauchern von Konsumgütern, sondern auch zu den Wegwerfern. Vielleicht sollten wir alle öfter darüber nachdenken, wo wir verschwenden statt verwenden – von allzu großzügigen Konsumgewohnheiten angefangen bis zur Benutzung des privaten Autos, wo das öffentliche Verkehrsmittel den gleichen Dienst tun würde, und noch bei vielem mehr.

Mancher besitzt eine merkwürdige Auffassung von gesellschaftlicher Arbeitsteilung: Was andere im Vorgarten, im Park, in Wald und Flur durch freiwillige Arbeit hergerichtet haben, zerstört er achtlos.

Man könnte sich vorstellen, daß unter dieser Rubrik auch Fragen an staatliche und wirtschaftsleitende Organe gestellt werden: Ist die Altstoffannahme „bürgerfreundlich“ organisiert? Gibt es genügend Gelegenheiten zum An- und Verkauf gebrauchter Industriewaren? Werden die Fahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel zweckmäßig genug gestaltet? Werden Müllabfuhr und Straßenreinigung exakt erledigt? Werden Verletzungen der Stadt- und Gemeindeordnungen streng geahndet?

Keiner sollte vom anderen verlangen, was er selber zu geben nicht bereit ist.

\*

Bei allen Betrachtungen zu Fragen der Umwelt bedenken wir, daß es für Staat und Gesellschaft der DDR heute noch gravierende objektive Probleme bei der Lösung dieser Fragen gibt. Das sind vor allem die vielgestaltigen Zwänge, die ihr von den Geschehnissen und Gegebenheiten im internationalen Klassenkampf aufgedrängt werden und mit denen sie letztlich im Interesse aller Menschen fertig werden muß.

Das ist nicht nur die Notwendigkeit, im ökonomischen Wettbewerb mit dem Imperialismus zu bestehen, sondern auch die beträchtliche Mittel und Ressourcen im Verteidigungsbereich einzusetzen – Mittel, die anderswo und nicht zuletzt im Umweltschutz gute Dienste tun könnten. Auch deshalb, weil wir die Lasten kennen und vermeiden möchten, die durch Verteidigungsmaßnahmen der Umwelt aufgeladen werden, setzen wir uns für militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedriger Stufe, für Abrüstung ein.

Von welchen Gesichtspunkten wir die Fragen der Natur, der Umwelt, ihrer Erhaltung und Gestaltung jedoch immer betrachten, stets wird es bei ernsthafter und objektiver Beurteilung darauf hinauslaufen, daß christliche Ethik und sozialistische Moral, christliche Lebensauffassung und sozialistische Lebensweise den vernünftigen Umgang des Menschen und der Gesellschaft mit der Natur verlangen. Sparsamkeit mit Ressourcen, Qualitätsarbeit, gesundes Konsumverhalten, Betrachtung von materiellen Gütern als nützliche Gebrauchsgegenstände statt als Statussymbole – alles das entspricht dem Christen wie dem Marxisten und zugleich dem pfleglichen Umgang mit der Umwelt.

Als politische Partei von Christen sehen wir unser Wirken nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt. Damit erteilen wir dem Umwelt-Pessimismus ebenso wie der Gleichgültigkeit landeskulturellen Fragen gegenüber eine entschiedene Absage. Wir halten unsere sozialistische Gesellschaft in der DDR nicht für übertechnologisiert und überindustrialisiert. Wir sind der Überzeugung, daß weder Maschinenstürmerei noch Verzichtstheorien die Probleme lösen. Zugleich treten wir der Interesslosigkeit, der Engstirnigkeit, der Fahrlässigkeit im Umweltverhalten entgegen.

Wir betrachten die Umweltproblematik in ihrer ganzen Ernsthaftigkeit als eine konkrete Erscheinungsform der Auseinandersetzung von Mensch und Gesellschaft mit der Natur, eine Auseinandersetzung, die heute mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verflochten ist. Überwunden werden können die Diskrepanzen unserer Überzeugung nach nur im Zusammenklang von wissenschaftlich-technischem und gesellschaftlichem Fortschritt, wie ihn eben der Sozialismus ermöglicht, in der Einheit von Natur- und Gesellschaftswissenschaften, der Biologie wie der Ökonomie, der Geologie wie der Ästhetik. Eben deshalb sehen wir als christliche Demokraten in unserem Engagement für die stete Stärkung des Sozialismus unseren wirksamsten Beitrag, die Schöpfung zu erhalten und zu gestalten.

Vor allem aber sehen wir christlichen Demokraten die Verwandtschaft von sozialistischer und umweltfreundlicher Denk- und Handlungsweise darin, daß eines an erster Stelle steht: Das originäre Interesse am Frieden, das unablässige Streben nach Abrüstung, nach einer Welt ohne Waffen als dem Ideal des Sozialismus.

Wir treten dafür ein, daß die von den Völkern in harter Arbeit geschaffenen Werte nicht in Rüstungsgütern verschwinden, sondern der Menschheit zugute kommen. Andererseits wissen wir ebenso genau, daß die gleiche Sorge für un-

sere Umwelt uns heute dazu verpflichtet, das militärische Gleichgewicht zwischen Sozialismus und Imperialismus zu erhalten, denn nur so wird es möglich sein, die aggressivsten Kreise des Imperialismus an dem Versuch zu hindern, den Sozialismus in einen Atomkrieg zu stürzen.

Beides erfordert unser Tätigsein, denn, so meinen wir mit dem weisen Theologen Nathan Söderblom: „Es ist ein großes Ding um gute Gedanken und gute Worte. Aber mehr als alle guten Gedanken und Worte ist eine einzige rechte Tat.“

**In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:**

- 214 Wolfgang Heyl, Chancen des Friedens – Betrachtungen nach der Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“
- 215 Carl Ordnung, Christen in der Friedensbewegung – Zu Position und Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)
- 216 Günter Wirth, Friedensprogramm gegen Kreuzzugspläne
- 217 Gerald Götting, Huldrych Zwingli – Zum 500. Geburtstag des Schweizer Reformators
- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme

---

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin

---

EVP 0,50 M